



Jürgen Gansel

- » Medienpolitischer Sprecher der Fraktion
- » geboren 1974
- » Historiker, M.A.
- » Mitglied des Kreistages Meißen
- » Stadtrat in Riesa



/juergen.gansel

Die NPD-Fraktion fordert im Landtag:

- » **Stoppt den verfassungswidrigen Rundfunkbeitrag!** Keine Zwangsabgabe für die Fernsehbosse und den Verwaltungsapparat!
- » **Lichtet den Fernseh- und Rundfunk-Dschungel!** Zusammenlegung von ARD, ZDF und Deutschlandradio zu einer einzigen Sendeanstalt. Spartenkanäle abschalten!
- » **Abgaben-Befreiung aus sozialen Gründen beibehalten!** Freistellung von Haushalten, die weder TV noch Radio nutzen, Einkommensschwachen, Sehbehinderten und Gehörlosen.
- » **GEZ abschaffen!** Die Umbenennung in „Beitragsservice“ ist nur Etikettenschwindel.

Wir empfehlen:

- » **Erklären Sie schriftlich Ihren Vorbehalt gegen den verfassungswidrigen Rundfunkbeitrag!** Einen entsprechenden Vordruck finden Sie unter: gez.npd-fraktion-sachsen.de
- » **Zahlen Sie den Rundfunkbeitrag nicht per Lastschriftverfahren, sondern als Dauerauftrag.** Schreiben Sie in den Verwendungszweck „unter Vorbehalt“. Wird das derzeitige Modell vom Bundesverfassungsgericht gestoppt, bestehen so gute Chancen, die gezahlten Beträge wieder zurückfordern zu können.




Name	
Vorname	
Straße, Nr.	
PLZ, Ort	
ePost	@
Telefon	

☐ Ich bitte um kostenlose Übersendung von Infomaterial.

☐ Bitte schicken Sie mir regelmäßig die kostenlose Fraktionszeitung „Klartext“ zu.

☐ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Aufkleberpaket zu.

 www.npd-fraktion-sachsen.de
www.facebook.com/NPDFraktionSachsen

 **0351 - 493 49 00**

 **npd@slt.sachsen.de**

V.i.S.d.P.: H. Apfel, B.-v.-Lindenau-Pl. 1, 01067 Dresden - E.L.S.

Bitte
mit 0,45 €
freimachen

NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Seit Anfang des Jahres muß jeder – selbst, wenn er kein Fernseh- oder Radiogerät besitzt – die neue Haushaltsabgabe zahlen: Das sind 17,98 Euro pro Monat oder 215,76 Euro im Jahr, mit denen 22 Fernsehsender, 64 Radioprogramme und nicht zuletzt auch die in „Beitragsservice“ umbenannte GEZ am Leben gehalten werden.

Schon jetzt kassieren die Öffentlich-Rechtlichen acht Milliarden Euro im Jahr! Das neue Zahlmodell wird den Sendern weitere 1,5 Milliarden in die Kassen spülen. Damit leistet sich die Bundesrepublik den teuersten Staatsfunk und die höchsten Rundfunkgebühren der Welt.

Im Landtag hat sich die NPD-Fraktion von Anfang an gegen diese Abzocke gewehrt und stattdessen einen Alternativvorschlag gemacht: Weniger Programme, weniger Kosten, weniger Gebühren – und Schluß mit der GEZ! Die etablierten Parteien lehnten das aber ab, da ihre Rundfunkräte selber Profiteure des öffentlich-rechtlichen Systems sind.

Mittlerweile laufen Unternehmen und Kommunen Sturm gegen den Rundfunkbeitrag, da sie mit beträchtlichen Mehrkosten rechnen müssen. Der Bürger wird also gleich zweimal abgezockt: einmal über seinen Privathaushalt und einmal als Steuerzahler. Ist der vermeintliche „Bildungs- und Informationsauftrag“ der Öffentlich-Rechtlichen angesichts des ständigen Niveauverfalls schon fragwürdig genug, macht ihn das meinungspluralistische Internet regelrecht überflüssig. Kein Mensch braucht die politisch einseitige Dauerberieselung von ARD und ZDF mit ihren unzähligen Spartenkanälen, die Wiederholungen in Endlosschleife bringen.

Wir sagen Nein zur Gebühren-Abzocke für den Staatsfunk, die nach dem Leipziger Staatsrechtler Professor Christoph Degenhart schlichtweg verfassungswidrig ist.

Bitte lesen Sie auf der Rückseite weiter